



Nr. 83 / 08.06.2018

# **Alexander HOFFMANN** informiert

---

DER NEWSLETTER DES WAHLKREISABGEORDNETEN FÜR MAIN-SPESSART UND MILTENBERG

---

## ***Arbeit der vielen Ehrenamtlichen unterstützen und erleichtern***

Liebe Leserinnen, liebe Leser, am Mittwoch wurde ich zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages ernannt. Ich freue mich sehr auf dieses wichtige und spannende Themenfeld. Die gestiegene Bedeutung, die bürgerschaftliches Engagement für Gesellschaft und Staat in den vergangenen Jahren erlangt hat, spiegelt sich auch dadurch wider, dass an der konstituierenden Sitzung sowohl Bundesministerin Dr. Franziska Giffey (SPD; auf dem Foto rechts) als auch die Familienausschuss-Vorsitzende Sabine Zimmermann (Die Linke) teilgenommen haben.

Der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“, der nunmehr zum fünften Mal eingerichtet worden ist, hat 13 Mitglieder und 13 stellvertretende Mitglieder. Aufgabe des Gremiums, das organisatorisch zum Familienausschuss gehört, ist es nicht nur, sich mit aktuellen Gesetzesvorhaben und Initiativen, die bürgerschaftliches Engagement betreffen, zu befassen und zu diesen Stellung zu nehmen. Ebenso wichtig ist es, den



Dialog mit der Bürgergesellschaft zu pflegen und, falls erforderlich, politische Initiativen vorzubereiten. Mir geht es vor allem um die Frage, an welchen Stellen und womit bürgerschaftliches Engagement erschwert wird – und was wir als Politiker tun können, um diese Hindernisse zu beseitigen.

Über ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren engagiert sich freiwillig und unentgeltlich in Sportvereinen und Kulturinitiativen, in sozialen und kirchlichen Einrichtungen, bei der Feuerwehr und den Rettungsdiensten für das Gemeinwohl. Unser Gemeinwesen ist auf die Zivilgesellschaft und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Aufgabe der Politik muss es daher sein, das bürgerschaftliche Engagement nicht nur in Sonntagsreden zu loben, sondern die Ehrenamtlichen aktiv durch Taten zu unterstützen. Wer sich freiwillig und unentgeltlich für unsere Gesellschaft engagiert, der sollte durch engagementfreundliche Rahmenbedingungen vom Staat gefördert und nicht durch unnötig viel Bürokratie ausgebremst werden. Es ist deshalb Hauptaufgabe des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, die Arbeit der Ehrenamtlichen in der Praxis zu erleichtern. Hierzu möchte ich meinen Beitrag beitragen und freue mich daher auf den Dialog mit Ehrenamtlichen aus meinem Wahlkreis und ganz Deutschland!

## ***Die Opposition macht es sich mit ihren Anträgen zu einfach***

Am Donnerstag habe ich gleich zwei Plenar-Reden gehalten – jeweils zu Anträgen der Opposition:

■ Die AfD gab vor, gegen „Haushaltsuntreue und Verschwendung öffentlicher Mittel“ vorgehen zu wollen. Dazu hat sie erneut praktisch erst in letzter Minute einen Gesetzentwurf präsentiert, der verschweigt, dass es heute schon Regelungen gibt, die zum Beispiel im Gesetz über die Grundsätze des Haushaltsrechts und auch in Länderregelungen wie zum Beispiel den Gemeindeordnungen niedergelegt sind. Verstöße gegen diese Grundsätze sind Sorgfaltspflichtverletzungen, sind Dienstpflichtverletzungen. Das heißt, es gibt Konsequenzen, die sehr schnell im Raum stehen, wie Disziplinarmaßnahmen, Schadensersatzansprüche, Niederschlag in der Beurteilung oder Niederschlag in der leistungsorientierten Bezahlung.

■ Um die Mietpreisentwicklung in Deutschland ging es einmal mehr der Fraktion „Die Linke“. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist in der Tat eine der drängendsten Fragen unserer Zeit. Aber was mich an der Debatte stört: Immer wieder wird der Eindruck erweckt, die Mietpreisbremse wäre das Allheilmittel. Genau das ist sie aber nicht, im Gegenteil: Nur die Schaffung von neuem Wohnraum ermöglicht bezahlbares Wohnen in Deutschland. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag ein ganzes Maßnahmenpaket vereinbart; hierzu gehören unter anderem der Bau von 1,5 Millionen neuen Wohnungen und Eigenheimen, das Baukindergeld sowie zwei Milliarden Euro zusätzlich für den Sozialen Wohnungsbau. Die Linkspartei sollte aufhören, bei diesem Thema immer nur Klassenkampf zu betreiben – und lieber in den Bundesländern, wo sie mitregiert, endlich etwas tun. Bislang stehen die Linken dort nicht für bezahlbares Wohnen, sondern für Stillstand!



Herzlichst

Ihr

Alexander Hoffmann, MdB

Fotos: Laurence Chaperon;  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion;  
Michael Dominik